

Rheinischer Bürgerfreund

ersch. Dienstags, Donnerstags und Samstags.
in letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal M. 1.20
(ohne Trägerlohn oder Postgebühren)
Inseratenpreis pro sechsstelliger Pettzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Estenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

№ 36

Dienstag, den 25. März 1919

70. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Anordnung.

Für den Bereich des Regierungsbezirks ordne ich auf Grund des § 6 Mieter Schutz-Verordnung vom 23. September 1918 — G. S. S. 1141 — folgendes an:

1. a) Die Vermieter von Wohnräumen können ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamts kündigen. Dies gilt insbesondere, wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt.
b) Ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis gilt als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat.

2. Das Einigungsamt kann bei der Entscheidung die Fortsetzung der Verlängerung des Mietverhältnisses jeweils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen. Wird die Fortsetzung oder die Verlängerung des Mietverhältnisses durch das Einigungsamt bestimmt, so kann es dem Mieter neue Verpflichtungen auferlegen, insbesondere den Mietzins erhöhen.

Befiehlt in einem Gemeindebezirk kein Einigungsamt, so sind die Amtsgerichte für die Entscheidungen aus vorstehender Anordnung zuständig (§ 11 Abs. 2 und § 8 M. Sch. V. vom 23. September 1918.)

Wiesbaden, den 25. Februar 1919.

Der Regierungspräsident.

Betrifft: Kohlenversorgung.

Mit dem 31. März 1919 verlieren die bisherigen Bezugsscheine des Reichskommissars im besetzten Gebiet ihre Gültigkeit.

Die neuen Bezugsscheine werden nur in dem für sie geltenden Monat beliefert (Reihe I — April). Eine Nachlieferung in den folgenden Monaten findet nicht statt. Die Scheine müssen deshalb sofort den Händlern zugänglich gemacht werden, damit sie möglichst rasch in die Hand der Hauptlieferer gelangen und somit die Belieferung für den betreffenden Monat ermöglicht wird. Jede Stelle (Versorgungsbezirk, Vertreter, Vorlieferer oder Hauptlieferer) die am 1. des folgenden Monats noch unbefüllte Bezugsscheine im Händen hat, hat diese Scheine bis zum 3. ds. Mts. an die amtliche Verteilungsstelle für den Rheinischen Braunkohlenbergbau AG in Unterlärchenhausen 5/7 einzuliefern, damit für nicht belieferte Scheine bei späteren Zuteilungen nach Möglichkeit ein Ausgleich herbeigeführt werden kann.

Wiesbaden a. Rh., den 21. März 1919.

Der Kreisausschuss des Rheingaukreises.

Betr.: Verzeichnis der Rückstände.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden mache ich, ein Verzeichnis der Rückstände bei der Gemeindefasse nach dem Stande vom 31. ds. Mts. ausstellen zu lassen und bis zum 5. ds. Mts. einzureichen. Die Gemeindeführer sind wegen Beilegung der Verdringung der Rückstände mit Anweisung zu versehen.

Wiesbaden a. Rh., den 19. März 1919.

Der Vordrat
als Vorsitzender des Kreisausschusses.

Die deutsche Friedensdelegation.

Zusammensetzung und Aufgaben.

Der Kreis der Personen, welcher die bei den Friedensverhandlungen sich ergebenden Aufgaben zu lösen hat, setzt sich aus drei Kategorien zusammen. Die erste Kategorie besteht aus den Führern der Friedensdelegation, deren Mitglieder schon bekannt sind. Eine Nennung ist in der Zusammensetzung insofern eingetreten, als an Stelle des Hamburger Bankiers Warburg, der als Teilnehmer der Friedenskommission nach allgemeinem Urteil als eine tüchtige Arbeitskraft erwiesen hat.

Die zweite Kategorie der Unterhändler weist die besten Namen aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen auf, ohne daß in diesen bei der Zusammensetzung der Kategorie eine Vollständigkeit irgendwie angestrebt wurde. Es haben schon ausführliche Besprechungen über die Frage und jede Möglichkeit, welche sich bei den Friedensverhandlungen ergeben kann, erörtert worden. Die weiblichen Delegierten, die sich unter ihnen befinden, sollen insbesondere in sozialen Fragen Deutschland vertreten. Es sind folgende Mitglieder:

Kreier, Professor in Osnabrück bei Breslau, Kreier, Geh. Kommerzienrat in Berlin, Baumgarten, Professor der evangelischen Theologie, Dr. Eduard Bernheim, Geheimrat in Berlin, Professor Bonn in München, Dr. Borch von den Badischen Anilinwerken in Mannheim-Ludwigshafen, Professor von Brentano in München, Geh. Oberregierungsrat Dr. Cuno, Vorsitzender des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, Geh. Kommerzienrat Dr. Brück, Direktor der AGF, Geh. Kommerzienrat Nobel (Leipzig), Kommerzienrat Haardt (Genua), Geh. Kommerzienrat Louis Hagen (Aachen), Dr. Hermann, vom Verbande Deutscher Gewerbetreibender (Aachen), Heinen, Generaldirektor des Nord-

deutschen Lloyd, Professor Hergesell (Lindenberg), Geheimrat Bertram Hilger (Berlin), Frau Juchacz, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Hermann Strud, Zionist (Berlin), Kommerzienrat Klein, Bischof Korum (Trier), Legation, Generalkonsul der freien Gewerkschaften, Lüben, Direktor beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat (Essen), Reichrat von Müller (München), Obermeister Plate, vom Deutschen Handwerker- und Gewerbesammlertag (Hannover), Adolf Böhlmann, Direktor der Vereinsbank (München), Dr. Rathenau, Präsident der AGF, Dr. Gustav Rathenau, von Hübnermann (Hamburg), Louis Böckling, Schmitz, Direktor der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M., von Stauff, Direktor der Deutschen Bank (Berlin), Stegerwald, Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Urbig (Berlin), Vornort (Hamburg), Mar Warburg, Professor W. Weber (Heidelberg), Wihöft (Hamburg).

In der dritten Kategorie sind sämtliche Zweige von Handel und Industrie vertreten. Hier fehlt kein Teil des deutschen Wirtschaftslebens. Diese zahlreiche Gruppe wird nicht nach Paris fahren, sondern in Berlin bleiben. Eine zahlenmäßige Begrenzung ist bei ihr nicht vorgenommen worden. Dieser Kreis kann sich nach Bedarf ergänzen.

Der Delegation werden so genaue Vollmachten erteilt werden, daß die Unterhändler genaue Richtlinien für alle auftauchenden Fragen haben werden, soweit sie sich im Rahmen des Friedensprogramms bewegen. Die endgültige Entscheidung über alle Angelegenheiten hat sich das Kabinett in Berlin vorbehalten. Leitender Gesichtspunkt für Deutschland wird bei den Friedensverhandlungen sein, daß alle fruchtigen Punkte, welche Anlaß zu neuen Völkerverständigungen geben könnten, ein für allemal aus der Welt geschafft werden könnten. Wesentlicher Bestandteil des deutschen Programms bei den Friedensverhandlungen sind Ab- rüstung und Völkerverbund.

Schmaroger in der Demokratie.

Die Demokratie kann ihre Aufgaben nur lösen in großen Parteien. Jeder pflichtbewusste Bürger des neuen Volksstaates muß sich also in einer Partei organisieren und rege betätigen. Die Partei übernimmt dann die Pflege der Staatsbürgererziehung, die da sein soll der Familienform der Bürger und Bürgerinnen für das Gemeinwohl der großen Volksfamilie, heiße sie Gemeinde, Staat, Reich. So wie der Familienvater, der Hausvater, für die ihm Anvertrauten sorgt und sorgt, mit ihm die Mutter und Hausfrau, die erwachsenen Söhne und Töchter, so sollen alle Bürger und Bürgerinnen, die längst zu den Wahlen gerufen wurden, für ihre Volksfamilie Sorge und Verantwortung tragen. In früheren engeren Zeiten stand das Bürgerrecht in hohen Ehren und erzeugte auch Ehrgefühl und Ehrgeiz. Wir sollten wieder so denken und fühlen lernen.

In allererster Linie sollten die Besten und Gebildeten sich dessen erinnern. Ihre höhere Ausbildung und Stellung in der Volksgemeinschaft verpflichtet sie zu höheren Leistungen nicht bloß in ihrer Berufstätigkeit, sondern auch im bürgerlichen Leben. Aus der stillen Auffassung ihrer Staatsaufgaben sollen sie sich um den Volksstaat vor allem kümmern, so wie früher im Ständestaat und Feudalstaat der Adel sich zur Nahrung verpflichtet und berufen glaubte. Bei allen Bessern des Adels war das nicht selbstsüchtige Eitelkeit oder Hochmut, sondern rituelles Pflichtgefühl. Der alte Obrigkeitssinn hat sich dabei nicht schlecht gefunden; und jenes Pflichtbewußtsein hat ihm unzählige treffliche Staatsmänner, Beamte und Offiziere gegeben.

Seute und die Ständesprivilegien dahin; mögen nun die leitenden Schichten des Bürgertums jene ritterliche Sendung und Aufgabe des früheren Adels auch als die ihre betrachten. Wer aber Führer sein will, soll in selbstloser Arbeit, in größeren Opfern und Leistungen, besonders in der ehrenamtlichen Teilnahme an der Selbstverwaltung in der Gemeinde, in der öffentlichen Wohlfahrtspflege sich als solcher bewähren, nicht bloß im Reden und Diskutieren. Vater und Mutter seien so auch ihr Amt in der bürgerlichen Familie aus in tagtäglich selbstloser, hingebender Sorge, Arbeit und Mühsal.

Aber nicht minder müssen möglichst viele aus der breiten Masse des Bürgertums sich des Volksstaates, der demokratischen Bürgergemeinde in selbstloser Sorge und Arbeit annehmen. Das ist vielen noch etwas ganz Neues. Im alten Polizeistaat sollte der Bürger den Mund halten; im nachfolgenden Obrigkeitsstaate, mit einer in ihren Rechten beschränkten Volksvertretung und einem von oben herab ernannten Beamtenstand, hat die Bürokratie die freien Regungen bürgerlicher Freiheit und Selbstverwaltung argwöhnisch behandelt. So ist die Rolle der Staatsbürger gleichgültig gegen das Staatsleben und gewöhnlich sich mehr oder weniger darin, sich vor allen Dingen an die Staatsklippe zu drängen, sei es zu lebenslänglicher Versorgung, sei es um für den Stand oder für den persönlichen Vorteil recht viel zu ergattern. Die Opfer für den Staat hat man allermehr sich abzwängen. Diese Leute verstehen heute unter Demokratie, daß sie selbst mehr zu sagen und weniger zu zahlen, die Tüchtigen und Wohlhabenden

den aber nichts zu sagen, wohl aber alles zu zahlen haben. Traurige Früchte der staatsbürgerlichen Vernachlässigung in der vergangenen Zeit.

Solche Scheindemokratie zwingen selbst die Führer der Mehrheitssozialdemokratie zu der bitteren Klage, daß an die Stelle der kapitalistischen Ausbeuter jetzt sozialistisch-revolutionäre Ausbeuter sich gesetzt haben, daß die Revolution, welche die Volksfreiheit und Volkserziehung bringen sollte, zur wahnwitzigen Lohnbewegung geworden ist. Größer kann sich der Egoismus, die Selbstsucht nicht äußern. Das ist Gift für das Gemein-schaftsleben und ein Hohn auf die Demokratie.

Aus alter Zeit stammt das Sprichwort: Wer nicht im Arbeiten und Opfern für andere sein Lebens-gut finden kann, der lasse das Heiraten sein; denn Kinder bringen Sorgen und Opfer. Das Sprichwort gilt auch von der Demokratie. Wenn ein Teil die Fürsten abschafft und nun selbst die Regierung führen will, dann muß jeder ehrenhafte, pflichtbewusste Bürger auch Freude daran haben, sich nun um das Gemeinwohl in Staat und Gemeinde zu kümmern und dafür tätig zu sein, so wie ein Vormund um das ihm anvertraute Mündel. Wer aber davor sich drückt, dagegen aus das Pfaffen vom Staate, auf das „Leben auf Regimentskosten“ bedacht ist, der ist kein Demokrat und Bürger, sondern Schmaroger und Schmaroger am Leibe der Volksgemeinschaft; denn er lebt von der Mühe und Arbeit der pflichtbewussten Bürger.

Die Lebensmittel-Versorgung.

Die Seelen in Hamburg.

Der „Vorwärts“ schreibt u. a.: Das Vorgehen der Hamburger Sozialisten ist nur ein Teil des Planes, Deutschland derart zu zerrütten, daß es nicht mehr imstande ist, sich gegen ihre Wuchstendenzen zu wehren, und nicht mit Unrecht wird man hinter solchen Vorgängen die russische Hand vermuten, der der deutsche Sozialismus nur als Werkzeug dient. — Der Abschluß des Brüsseler Lebensmittellabormens mühte daher den Sozialisten sehr unangenehm sein. In dem Hamburger Beschlusse sehen wir einen letzten Versuch, die Durchführung zu verhindern. Der deutsche Arbeiter soll hungern müssen. Hunger! Das ist das A und O der sozialistischen Politik. Mögen unsere Seelen dafür sorgen, daß wir etwas zu essen bekommen. Mögen aber auch die Arbeiter aller Berufe erkennen, daß die Selbstvernichtungspolitik des Sozialismus und seiner unabhängigen Freunde ihr gefährlicher Feind ist!

In einer Bekanntmachung wendet sich die Sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftsbündnis, die Kommandantur des Soldatenrates und der Kommandant von Groß-Hamburg an die Seelen, sich der ungeheuren Verantwortung für die Ernährung des Volkes bewußt zu sein und die Schiffe hinauszubringen. Alle Sicherheitsmaßnahmen und Truppen Groß-Hamburgs sind zum Schutze der Seelen geschlossen bereit, wenn unverantwortliche Elemente die Lebensmittelkette mit Gewalt am Auslaufen verhindern wollen.

Die Ausfahrt der Schiffe.

In einer in Hamburg abgehaltenen Versammlung des Seemannsbundes erklärten die Teilnehmer der Versammlung sich durch Jutur zur Ausfahrt bereit.

Die Pariser Konferenz.

Die deutsche Wehrmacht.

Die englischen Korrespondenten in Paris melden Einzelheiten der Bedingungen, die dem Friedensvertrag mit Deutschland eingefügt werden sollen: Die deutsche Armee wird auf 100 000 Mann herabgesetzt. Strenge Bestimmungen begrenzen die Bewaffnung und die Herstellung von Kriegsmaterial. Sorgfältige Vorkehrungen sind getroffen worden, um die Schaffung einer großen Armee durch heimliche Ausbildung zu verhindern. Deutschland darf keine Unterseeboote haben und seine Flotte wird auf 6 Schlachtschiffe, 6 leichten Kreuzern, 12 Zerstörer und 12 Torpedobooten beschränkt. Neue Schiffe dürfen nicht größer als 10 000 Tonnen sein. Das Personal ist auf 150 000 Mann beschränkt.

Lloyd George.

Das Kriegskabinett hat beschlossen, daß Lloyd George, so wünschenswert seine Anwesenheit gegenwärtig auch in London ist, doch unbedingt in Paris bleiben soll in Übereinstimmung mit dem Wunsch, den die Vertreter der alliierten Regierungen geäußert haben. Lloyd George wird daher voraussichtlich Paris vor der Unterzeichnung des Vorfriedens nicht mehr verlassen.

Amerikas Schadenersatzanspruch.

Das Staatsdepartement kündigt die Höhe der vollständigen Schadenersatzansprüche der Amerikaner an Deutschland an. Sie betragen vier Milliarden Franken. Darin sind die Verluste an Menschenleben und Eigentum bei der Torpedierung der „Lusitania“ enthalten.

Die Friedenskonferenz.

Wie verlautet, ist mit einem Beginn der Friedensverhandlungen während des Monats März noch nicht zu rechnen. Die Angaben über den Termin des Zusammentritts der Friedenskonferenz in Paris lauten verschieden. Es wird bald der 15. April, bald einer der letzten Tage des Monats April genannt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Presse wird seit einigen Tagen die Frage erörtert, welcher Zeitpunkt für die Aktiengesellschaften, Gesellschaften, Gesellschaften m. b. H. etc. bei der geplanten großen Vermögensabgabe als Stichtag gewählt würde. Dazu ist zu bemerken, daß der Gesetzentwurf über die große Vermögensabgabe noch nicht fertiggestellt ist, insbesondere liegt eine endgültige Entscheidung über den Stichtag noch nicht vor. Die von einigen Seiten geäußerte Annahme, daß der 31. Dezember 1918 als Stichtag ausreicht, ist hiernach unzutreffend. Es ist im Gegenteil nach wie vor damit zu rechnen, daß an diesem Termin nicht nur für Einzelpersonen, sondern insbesondere auch für Gesellschaften bei der Vermögensfeststellung zum Zwecke der Abgabenerhebung festgehalten wird.

Die Bildung des neuen preussischen Kabinetts wird erst am Montag oder am Dienstag vollendet sein. Die Vorverhandlungen der Parteien betrafen bisher lediglich die grundsätzliche Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung. Ueber die Personenfrage und die Verteilung der Ämter ist noch nicht verhandelt. Nach einer Berliner Meldung der „Köln. Ztg.“ wird man aber als feststehend annehmen können, daß das Zentrum sich an der Kabinettsbildung beteiligt, so daß ein Koalitionsministerium aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrumsmitgliedern zustande kommt.

Finnland.

(*) Einer Meldung aus Helsingfors zufolge leisteten bei Einberufung der wehrpflichtigen Mannschaften nur 10 Prozent der Wehrpflichtigen der Anforderung Folge. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß von den Sozialdemokraten ein Wehrpflichtstreik jetzt durchgeführt wird.

Luxemburg.

Die Regierung von Luxemburg hat an Clemenceau als Präsidenten der Friedenskonferenz eine Denkschrift gerichtet, worin gesagt wird, daß das Volk von Luxemburg einstimmig den wirtschaftlichen Anschluß des Großherzogtums an die Länder der Verbändemächte wünscht. In der Denkschrift wird Vergrößerung des Schadens verlangt, den Luxemburg während des Krieges durch die deutsche Besetzung erlitten hat.

Die Rheinschifffahrt.

Die internationale Hafen-, Wasserstraßen- und Eisenbahnkommission hat laut „Petit Journal“ im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Paris Abgeordnete der Schweiz empfangen, die in der Frage der Rheinschifffahrt die Meinung der schweizerischen Bundesregierung zu Gehör bringen wollten. Die Abordnung trug die rechtlichen und technischen Gründe vor, nach denen die Schweiz die Teilnahme an jedem die Rheinschifffahrt betreffenden Uebereinkommen beansprucht.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge wird Frankreich in der Rheinschifffahrtskommission, in der Belgien, die Schweiz, England und Italien ebenfalls vertreten sein werden, eine überwiegende Stellung einnehmen. Man weiß noch nicht, ob Amerika auch der Kommission beitreten wird.

Die internationalisierte Kommission für Hafen und Wasserwege schlägt, wie aus Paris gemeldet wird, vor, Belgien das Recht zu geben, einen Kanal zwischen der Maas und dem Rhein zu bauen und eine entsprechende Bestimmung in das Friedensabkommen aufzunehmen. Die belgische Kommission hat vorgeschlagen, Holland einzuladen, Delegierte nach Paris zu entsenden zur Behandlung gewisser belgisch-holländischen Fragen.

Die Lage im Reich.

Kein Generalstreik.

Das Berliner Parteiorgan der Unabhängigen erklärt, daß ihm von der Absicht eines Massenstreiks zu Ende März nichts bekannt sei und daß nach seiner Kenntnis nirgend eine solche Absicht bestehe.

Aus dem Ruhr-Gebiet.

Ein Teil der in Düsseldorf stehenden Regierungstruppen vom Korps Bergmann wird, wie die „Düsseldorfer Zeitung“ meldet, vorübergehend nach Essen verlegt. Es handelt sich um den Kampf der Gerichtsverhandlungen, die am nächsten Dienstag gegen die verhafteten Vortropper Sozialisten vor der Essener Strafkammer beginnen.

Allerlei Nachrichten.

Unser Nordsee-Kanal internationalisiert?

Nach einer Meldung der „Volksstimme“ wird unter den Plänen, die für die Frage des Nordsee-Kanals vorgelegt werden, auch ein Plan erwogen, nach dem die Verwaltung des Kanals einer internationalen Aktiengesellschaft übertragen werden soll. Der Wert des Kanals einschließlich der dazu gehörenden Werkschiffe soll von der Deutschland auferlegenden allgemeinen Entschädigung in Abzug gebracht werden. Es sei nicht ausgeschlossen, Deutschland nach Wiederaufrichtung der neuen europäischen Ordnung eine Anzahl Aktien erhalten könne.

Das linke Rheinufer.

„Daily Mail“ schreibt: Frankreich hat das Recht, Garantien zum Schutze gegen einen event. künftigen deutschen Angriff zu fordern. Die hauptsächlichste Garantie muß ihm der Bölkerbund bieten. Eine weitere Sicherheit wird jedoch die Besetzung des linken Rheinufers durch die alliierten Streitkräfte bilden, bis Deutschland die Kriegsschäden gutgemacht hat. Was den Rhein anbelangt, so muß er als

internationale Wasserstraße behandelt werden, welche nicht besetzt werden darf. Deutsche Besetzungen dürfen nicht unter einer Distanz von 48 Kilometer vom rechten Ufer angelegt werden.

Neue amerikanische Gründung in Deutschland.

Berlin, 24. März. In New-York haben kürzlich hervorragende Finanzleute und bekannte Kreise des Ein- und Ausfuhrhandels eine Gesellschaft gegründet, die mit sehr bedeutenden Geldmitteln ausgestattet ist und bereits in fast sämtlichen Staaten Europas Zweigniederlassungen errichtet. Die gewöhnlich unter der Firma „Americo“, American Merchandise Interchange Company arbeitende Gesellschaft hat nun neuerdings unter dem Namen Amerikanische Waren- und Handels-Gesellschaft auch in Berlin (Taubenstraße 13) eine Niederlassung eröffnet, die sich vornehmlich mit der Einfuhr von Rohergewürzen aus Ländern der Verbändemächte und mit der Ausfuhr deutscher Waren nach Amerika und anderen Ländern des Verbandes beschäftigen soll. Die neue Gesellschaft wird insbesondere für die Beförderung dieser Länder mit Chemikalien, Farben, Eisenwaren und Maschinen Sorge tragen.

Millionenüberschüsse.

Unter allen Kriegsgesellschaften haben sich in der Ausbeutung des Volkes ganz besonders die Vieh- und Handelsverbände hervorgetan. Diese Verbände wurden nur zu dem Zwecke ins Leben gerufen, die Fleischversorgung für das Volk und Heer zu gewährleisten. Kaum gegründet, hatten sie, von ihrem eigentlichen Zwecke abkommend, genau wie die anderen Kriegsgesellschaften nichts Geringeres zu tun, als aus gewinnjüchigen Mottos das Volk zu belasten, auszunutzen und Millionengewinne aus ihm herauszuholen. Auf jedes Stück Vieh, gleichgültig, ob es Rinder, Schweine, Schafe und Kühe waren, wurde der unerhört hohe Satz von 7 Prozent und noch mehr aufgeschlagen, um die die Fleischversorgung also verteuert wurde. Wenn man bedenkt, daß hier für das Deutsche Reich viele Milliarden Schlachtvieh in Frage kommen, so kann man leicht berechnen, daß die mühselos erzielten Geschäftsgewinne dieser Viehhandelsverbände Hunderte von Millionen betragen haben. Die Erbitterung des Volkes über die Verwertung der Gegenstände des täglichen Bedarfs, zu denen Fleisch doch in erster Linie gehört, ist durch diese schändliche Gewinnjagd der Viehhandelsverbände mit hervorgerufen worden. Die Erhöhung der Unterzählungen an die Familien der Kriegsteilnehmer, die Teuerungszulagen an Beamte und Arbeiter sind zum nicht geringen Teil durch den Fleischwucher verursacht gemacht worden, der durch die Preispolitik der Viehhandelsverbände wesentlich begünstigt worden ist. Sollte der Staat im Interesse der Ärmsten handeln wollen, so mußte er die tolle Ueberzählungswirtschaft der Viehhandelsverbände unmöglich machen.

In der Provinz Schlesien hat beispielsweise der Viehhandelsverband, ganz abgesehen von seinen gewaltigen, außerdem gebildeten Unkosten, noch extra jährlich 7 Millionen Mark Ueberzählung aus der dem Volke unentgeltlich auferlegten Fleischsteuer herausgewirtschaftet. Der Bayerische Viehhandelsverband soll allein jedes Jahr 22 Millionen Ueberzählung gemacht haben. Rechnet man nur allein in Preußen die Ueberzählung von bestehenden Viehhandelsverbänden während der Kriegsjahre zusammen, so kann man erweisen, wie Millionen in ganz unverantwortlicher Weise durch die Fleischverwertung dem Volke abgezogen worden sind. Der Abgeordnete Dr. Biemer hat bereits gleich nach der Gründung der Viehhandelsverbände im Reichstage den Anspruch getan, daß die Viehhandelsverbände das Volk ausnützen.

Jetzt wirft sich natürlich die Frage auf, was mit diesen Millionen-Ueberzählungen der Viehhandelsverbände geschehen soll. Sie müssen der Allgemeinheit, der sie abgezogen worden sind, wieder zugute kommen. Aber bereits haben die Provinzialfleischstellen und die Viehhandelsverbände „Grundstücke“ aufgestellt, daß die Landwirtschaftsländer diese Ueberzählung für die heute gewiß nicht mehr nothwendige Landwirtschaft erhalten sollen zwecks „Aufbesserung der Viehzucht“. Gerade die Landwirtschaft hat jedoch in diesem Jahre ihre Erzeugnisse so hoch bezahlt erhalten, daß jeder in der Lage war, sich gesund zu machen, deshalb muß schärfster Protest eingelegt werden, daß einer einzelnen Klasse die von der Allgemeinheit allein aufzubringenden Millionen ganz oder teilweise zugute kommen. Ein beliebiger Teil seitens der Landwirtschaftsländer ist es jetzt geworden, Provinzial-Viehversicherungs-Anstalten, für die ein Bedürfnis gar nicht vorliegt, und die eher allem anderen als der Hebung der Viehzucht dienen, für die Landwirtschaft zu gründen und die Ueberzählung der Viehhandelsverbände hierzu zu benutzen. Außer 26 großen Gesellschaften bestehen Tausende von Ortsversicherungsvereinen, die das Bedürfnis nach ausreichender Viehversicherung vollkommen decken. So fand am 8. Januar eine Sitzung der Landwirtschaftskammer Kosen statt, die, wie aus ihrer Tagesordnung hervorgeht, es den anderen Provinzen nachmacht und ebenfalls eine Provinzial-Viehversicherungs-Anstalt mit Unterzählungen aus den Ueberzählungen des Viehhandelsverbandes gründen will. Der Viehhandelsverband Ostpreußen hat einer solchen Gründung, die trotz mehrjähriger Bestehens kaum eine Gesamtsumme von 6000 Mark Prämie im letzten Jahre hatte, eine Beihilfe von 1½ Millionen bewilligt. So geht es in allen Provinzen. Wie kommt aber die Allgemeinheit dazu, derartige Vortellszuvendungen an eine einzelne Klasse zu dulden? Es wird die höchste Zeit, daß das gesamte Volk energisch Protest erhebt gegen die Verdrängung oder Vergrabung dieser Millionen. Es gibt jetzt doch wahrlich nützlichere Verwendungszwecke. Empfehlenswerter wäre vor allem, um die darniederliegende Schweinehaltung zu heben, in größeren Mengen Kraftfutter aufzukaufen und seitens der Kommunalverwaltungen, in erster Linie für die städtische Bevölkerung, Mästereien einzurichten, damit zunächst der städtischen Bevölkerung die so notwendigen Fleischstoffe zugeführt werden, die die Landwirtschaft im Großen und Ganzen bis heute nicht entbehrt hat. Positiv wird von den zuständigen Stellen sofort dafür gesorgt, daß dem Viehbedarf mit den Millionen-Ueberzählungen der Viehhandelsverbände gesiebert wird.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Notstandsarbeiten.

Oestrich, 25. März. Die hiesige Chem. Fabrik muß wegen mangelnder Zufuhr an Rohstoffen und Rohmaterialien die Betriebe zum 2. Male stilllegen. Von den Arbeitern entfallen 200 auf die Gemeinde Oestrich, die übrigen 80—100 sind von auswärtig. Bei Stilllegung der Fabrik wird die Fabrik die Gemeinde, Notstandsarbeiten ausführen lassen und als solche die Auffüllung der nassen Rheinschlammgruben durch die Fabrik zu fördern und zu den Kosten beizutragen. Da die Stilllegung der Fabrik als in den nächsten Tagen bevorstehend bezeichnet wurde, beschloß der Gemeinderat der Gemeindevertretung die Bewilligung eines Beitrages von 5000 Mark. Die Fabrik wollte auf den Privatgrundstücken 60 cm und auf dem Gemeindegelände 30 cm guten Boden auf ihre Kosten überdecken und die Grundstücke in tauglichen Zustand versetzen. Die Grundbesitzer verlangten eine höhere Aufbringung von gutem Boden, die durch weitere Ausgrabung erreicht werden sollte. Der Beitrag stellt die Mehrkosten der tieferen Ausgrabung und Aufbringung des guten Bodens dar und beträgt für 7500 qm und 10000 Mark = 1.33 Mark pro qm. Die Ausgrabung bzw. Aufdeckung mit gutem Boden soll aus 80 bzw. 60 cm fettem Boden erfolgen. Hieraus ergeben sich etwa 20 cm fetter Boden mehr. Als Auffüllungsmaterial soll der große Schlammberg, welcher durch die Abfälle der Fabrik am Rhein entstanden ist, benutzt werden. Außerdem trägt die Gemeinde die Kosten der Abfuhr der Schlammberge für die Befestigung der Bäume und Weiden. Die Gemeindevertretung beschloß die Bewilligung des Beitrags mit 7 gegen 4 Stimmen. Durch die Auffüllung und Abtragung des Schlammberges wird das landschaftliche Bild von Oestrich verschönert, die nassen Wiesen werden in wertvolle Acker umgewandelt und zugleich auch die Schmutzbrutstätten beseitigt. Die Ausführung dieser Notstandsarbeiten liegt daher im öffentlichen Interesse. Auch wäre den Arbeitern und der Gemeinde mit der Arbeitslosenunterstützung nicht gedient.

Beerdigung.

Oestrich, 24. März. Am verflochtenen Sonntag wurde die sterbliche Hülle unseres Mitbürgers und Sangesbruders Herrn Ant. Jos. Salize zu Grabe getragen. Die Teilnahme an der Beerdigung war so überaus stark, wie sie selten in Oestrich zu verzeichnen ist. Es war dies der beste Beweis wie sehr der Verstorbene in der Gemeinde beliebt war. Der Entschlafene war zweiter Vorsitzender und Senior-Kassier des hiesigen „Männergesangsvereins“ und Mitglied des „Kathol. Kirchen-Chors“. Durch seine geselligen Leistungen und seinen liebenswürdigen Charakter war er in weiten Kreisen bekannt. Die Gesangsvereine von Oestrich ließen diese Gelegenheit nicht vorüber gehen, ihrem verstorbenen Sangesfreund das letzte Ehrengeleit zu geben und so wurde unter dem Titel „Vereinigte Sänger Oestrichs“ auf dem Wege nach dem Friedhofe das vierstimmige Miserere und am offenen Grabe der Choral „Es ist vollbracht“ als letzter Gruß gewidmet. Es folgte nun die Kranz-Niederlegung vonseiten des „Männergesangsvereins“, des „Kathol. Kirchen-Chors“ und den Mitarbeitern der hiesigen „Chem. Fabrik“ mit jamaicaner Widmung eines Scheidegrußes. Das geschlossene Auftreten der hiesigen Gesangsvereine bei der Beerdigung dieses Sängers bewies so recht deutlich, wie schön es wäre, wenn sich alle Sänger in Oestrich zu einem Verein verbinden würden. Es könnte dann etwas Großes und Schönes geleistet werden. Dies war auch schon der Wunsch während der ganzen Kriegszeit unter den zurückgebliebenen Sängern. Der „Männergesangsverein“ hat vor kurzem eine Beisprechung mit den Vorständen der hiesigen Gesangsvereine über diese Angelegenheit angestellt, um einen Zusammenschluß herbeizuführen, aber bis jetzt noch ohne Erfolg. Durch einen Zusammenschluß der Gesangsvereine würde der ganze Haß und Ringkampf, welcher vor dem Kriege bestand, verschwinden, was mit Freude zu begrüßen wäre.

Wichtig für Vermieter und Mieter.

RA Radesheim a. Rh., 24. März. In unserer Zeitung ist eine Anordnung des Regierungspräsidenten zu Wiesbaden veröffentlicht, die von außerordentlicher Bedeutung für die Vermieter und Mieter von Wohnungen ist. Siehe amtlicher Teil.

Verkehrsnotiz.

F. W. Radesheim a. Rh., 20. März. Die Besatzungsbehörde hat den Verkehr der Einwohner innerhalb des Kreises Rheingau und Wiesbaden-Land von jetzt an ab 4 Uhr vorm. erlaubt.

Besitzwechsel.

Erbach-Rheingau, 24. März. Das Wohnhaus von Herrn Franz Bouffier, auf der Hauptstraße gelegen, ging durch Kauf an den Postboten Herrn Jakob Bender zum Preise von 10500 Mark über. — Das Wohnhaus von Herrn Simon Fischer in der Marktstraße erzielte bei der stattgehabten Versteigerung zum Preise von 16000 Mark Herr Heinrich Lebert hier.

Befehlagnahmes Vieh.

Bingen, 24. März. Zwei hiesige Metzgermeister hatten zwei zum Schlachten bestimmte Ochsen vor einem Wagen gespannt und nach einem Gasthaus auf der Mainzerstraße gebracht. Dort kamen die Tiere sogleich in den Stall und wurden auch sofort geschlachtet. Inzwischen mag wohl die Polizei Wind von dieser Sache bekommen haben und auf der Suche fand man sowohl das Fleisch wie auch den Wagen. Beides wurde beschlagnahmt. Das Fleisch wird nun der Bevölkerung zugute kommen. Der Wagen wurde in die städtischen Ställe gebracht.

Ankommende Lebensmittel.

X Bingen, 24. März. Zur Unterbringung von Lebensmitteln werden hiesige Lagerhäuser im Binger Hofgebiet frei gemacht. Es handelt sich dabei um Lebensmittel, die in nächster Zeit zugeführt werden und für den hiesigen Bezirk bestimmt sind.

Eindbruchsdiebstahl.

7 Bingen, 24. März. In der Lagerhalle der Firma Friedr. Vogt am Rheintal in Bingen wurde ein

Eindruch verübt. Durch ein erbrochenes Fenster stiegen die Täter ein und entwendeten sechs Kisten mit je 50 Flaschen Wein. Sie fuhren diese mit einem Handkarren am Rheinfalkenweg und am Fruchtmarkt vorbei durch die Gerb- und Metzgerstraßen und ließen den Karren am Kaffeehaus hinter einem Holzhaufen stehen. Später holten sie ihn ab. Die Kisten trugen die Zeichen S. St. und die Nummern 5337, 5335, 5339, 5352 und 519. Die Weine waren teilweise mit den Etiketten Vorheimer Berg, Burg Sponzheimer, Ober-Ingelheimer Rot versehen. Der Wert des Weines stellt sich auf etwa 3000 Mk.

Schleichhandels-Spinat.

Auf dem letzten Wochenmarkt in Mainz konnte man nur wenig Spinat entdecken, weil er über die Höchstpreise nach auswärts verkauft wird. Ein Kriminalbeamter entdeckte bei einer Händlerin 5 Säcke mit Spinat, der nach Höchstpreis gehen sollte. Kurz entschlossen öffnete der Beamte die Säcke und ließ an die zahlreichen Konsumenten den Spinat zum Höchstpreis von 35 Btg. das Pfund verkaufen. Das laufende Publikum begrüßte mit Jubel dieses solche Handeln und alsbald war der Spinat ausverkauft. Das Schimpfen der Händlerin hätte ihr nichts.

Verunglückt.

Vom Mittelrhein, 24. März. In Niederberg ist ein amerikanischer Motor-Radfahrer verunglückt. Er fuhr von Arenberg herunter und rannte unterhalb der Schule an einer Straßenbiegung gegen einen Pfeiler der Straßenbahn. Dabei stürzte er mit dem Kopf gegen den Pfeiler und erlitt so schwere Verletzungen, daß er unterwegs zum Arzt starb.

Ein auffordernder Prozeß

Wird in kurzer Zeit das Berliner Kriegsgericht beschäftigen. Unter der Anklage, im November vor. J. den gesamten Flugzeugpark Wilna, der einen Wert von annähernd 10 Millionen Mark hatte, für 2 Millionen an die Bolschewisten verkauft zu haben, steht der Fliegerleutnant Porten, der vor einigen Tagen in das Untersuchungsgefängnis in Berlin eingeliefert worden ist.

Die Vortrennung Birkenfelds.

Von der Nahe, 24. März. In der nächsten Zeit dürfte auch die Frage der Vortrennung des Fürstentums Birkenfeld von Odenburg spruchreif werden. Das Fürstentum bzw. die Provinz Birkenfeld kann dabei nur gut wegkommen. In der Provinz ist Krongut und Staatsgut vorhanden. Das Krongut stammt aus dem Jahre 1849, ist aber nicht von großem Belang, denn es besteht nur aus der alten Schlossruine in Oberstein und drei großen Wiesen. An Staatsgut kommen vor allem die Wäldungen in Betracht, die einen Wert von etwa 7 Millionen Mark haben, dann folgen Pachten aus Grundstücken und Gebäulichkeiten mit 4000 Mk., Kapitalien mit 30 000 Mk. und 430 000 Mk. aus der früheren Witwenkasse. Diesen Summen gegenüber steht eine Anleihe von 98 000 Mk., die für den Bau des Birkenfelder Verwaltungsgebäudes aufgenommen worden und eine Anleihe für Kriegswohlfahrtspflege von 90 000 Mk. Wiederrum ist eine Betriebsrücklage von 250 000 Mk. als eiserner Kassenbestand vorhanden. Staatsschulden hat die Provinz also nicht. Die Regierung in Birkenfeld hat für in Not geratene heimgekehrte Krieger aus dem selbständigen Mittelstande 75 000 Mk. bereit gestellt.

Schwerer Automobil-Unfall.

Niedermendig, 24. März. Auf der Straße von Marialaach nach Niedermendig hat sich an einer abschüssigen Stelle ein schweres Automobilunfall ereignet. Auf dem Automobil befanden sich 10 Personen. Die Führung verlor an der betreffenden Stelle die Gewalt über das Fahrzeug, das eine zwei Meter hohe Böschung hinauf und auf die sich dort befindlichen Grubenfelder zuwarf. Dort stürzte das Automobil in einen Steingrubenschnitt, der eine Tiefe von etwa 20 Meter hatte. Von den Insassen blieben 6 Personen sofort tot und 4 wurden schwer verletzt herausgeschleudert. Davon sind 3 ihren Verletzungen erlegen und am Aufkommen des letzten Verunglückten muß sehr gezweifelt werden.

Mißlungener Schleichhandel.

Saarbrücken, 24. März. Ein schwer beladenes Lastauto, auf dem sich drei Zivilpersonen befanden, erlitt unweit von hier einen Schaden und konnte nicht weiter. Einige Zeit darauf langten französische Zollbeamten an, die die Ladung näher ansahen und dabei feststellten, daß diese aus rund 1000 Btl. Seife, Gummimanteln, Gummihandschuhen, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Schokolade, Rauchwaren, Spazierstöcken usw. bestand. Die Ladung war nach Saarbrücken bestimmt und die Begleiter sollen Lothringer sein, die solche Beförderungen schon öfters vorgenommen haben. Das Lastauto und sein Inhalt wurden von den französischen Behörden beschlagnahmt. Die Ladung hatten einen Wert von rund 20 000 Frs.

Ein teurer Artikel

Das Einwickelpapier geworden. Mit dem ungewöhnlichen Anstiege der Papierpreise und dem Mangel an Zeitungspapier ist auch das bedruckte Papier teurer und teurer geworden. Die Makulatur, die Tapezierer zum Bekleben der Wände und zahlreiche Geschäfte zum Einwickeln gebrauchen, kostete früher im Zentner höchstens 5 Mk. Allmählich stiegen die Preise auf 15 Mk. und jetzt haben sie eine Höhe von 25—30 Mk. erreicht. Dabei ist der Artikel so rar geworden, daß manche Geschäfte unbedrucktes Papier verwenden müssen, dessen Preis nahezu fünfmal höher ist.

Wie er sich vorstellt.

Der kleine Regier in der Rathausstraße in Neustadt hatte mit zwei Regern angefreundet. Dieser Tage spazierte er wieder Hand in Hand mit ihnen umher. Da fiel ihm auf, daß der Regier zur Rechten etwas heller von Hautfarbe war als der zur Linken. Plötzlich unterbrach er seine Betrachtungen mit der Frage an den Hellfarbigen: „Du, sag mal warum habe ich dich mit auch so lang geräucher wie den andern?“

Beschlagnahmtes Heeresgut.

Der hiesigen Polizei gelang es, in den Monaten Januar und Februar in Gelnhäuser Haushaltungen Heeresgut im Werte von rund 150 000 Mk. zu ermitteln und zu beschlagnahmen.

Die Eisenbahner. Die Vertreter der preussischen Eisenbahnen haben beschlossen, einen Mindestlohn von 3.50 Mark zu fordern.

Soziales.

(:) Krankenkassen und Teuerung. Die gewaltige Teuerung aller Lebensartikel und der sämtlichen sonstigen Bedürfnisse hat in Verbindung mit der damit Hand in Hand gehenden Steigerung der Löhne auch tief einschneidende Änderungen in der Organisation der Krankenkassen zur Folge gehabt. Nicht nur die Lohnklassen, deren es früher in der Regel nur 4—6 gab, mußten um mehrere erhöht werden, bei einzelnen Klassen bis auf 10 Lohnklassen, sondern auch die Wochenbeiträge wurden meistens prozentual erheblich erhöht. Dies gilt sowohl von den ländlichen wie von den städtischen Krankenkassen. Die stark gestiegenen Löhne kommen deutlich in der Tatsache zum Ausdruck, daß in der untersten Lohnklasse kaum noch Arbeiter außer den ohne Entgelt beschäftigten Lehrlingen zu finden sind. Sehr viele Arbeiter gehören der höchsten Lohnklasse mit 8 bis 10 Mark Tagesverdienst an.

Kleine Meldungen.

Ein Großzügiger. Ein gefährlicher Betrüger und Hochapler in der Person des angeblichen italienischen Staatsangehörigen namens Marchese Imperial Armando von Sorrent wurde von der Münchener Polizei verhaftet. Er trat mit gefälschten diplomatischen Pässen und gefälschten Vollmachten der italienischen Regierung als Gesandter beim Staatskommissariat für das bayerische Ernährungswesen auf und erklärte im Auftrage seiner Regierung der Volksrepublik Bayern als erste Lebensmittel kondensierte Milch und Kristallzucker in erheblichen Mengen zu schenken und gegen bare Vorauszahlung bereitstehende Waren im Werte von 17 Millionen (Olivenöl) und 8 Millionen (Kaffee) zu verkaufen. Er bestand auf Barzahlung im voraus und zwar einen Vorschuß von 7 Millionen Mark. Als er den Betrag nicht erhielt, ging er auf 3 Millionen herunter. Sein Gebaren fiel auf und schließlich wurde er verhaftet. Zuerst gab er sich als englischer Staatsangehöriger und interniert gewesener Fliegeroffizier aus. Seine Angaben erwiesen sich indes als falsch. Es steht fest, daß der Verhaftete unter verschiedenen Namen und Titeln Betrügereien in Berlin und Wien verübt hat.

Die Blutmoral. Aus München wird berichtet: Der Abteilungsführer Wagner von der republikanischen Schutztruppe, welcher seinerzeit an der Spitze bewaffneter Soldaten in den Landtag und in den Reichstag einbrang, erschöpfte angetrunken nach einem Wortwechsel den Stabsarzt Holzapfel.

Das Alkoholverbot. Nach einer New-Yorker Meldung des „Matin“ wird ab 16. Januar 1920 Amerika nicht bloß die Herstellung von Alkohol, Wein und Bier, sondern auch die Einfuhr und den Konsum einstellen. So hat der Washingtoner Kongreß formell beschlossen, und alle Staaten der Union, mit Ausnahme von zwei, haben den Kongreßbeschuß gutgeheißen.

Die Hofkönigsburg. Die Hofkönigsburg wurde nach einer Meldung aus Stralsund unter Sequester gestellt. Zum Zwangsverwalter wurde Notar Graßer in Schleißdorf bestimmt.

Aufstellung einer Einwohnerwehr. Auf Befehl der Regierung soll zum Schutz des Eigentums der Bürger gegen Plünderung und Raub in Berlin und den Vororten eine Einwohnerwehr aufgestellt werden. Mit der Aufstellung dieser Wehr, die nur im Augenblick der höchsten Gefahr ausgerufen werden soll, ist bereits begonnen worden.

Kälte. In der Mark Brandenburg sind in den letzten Nächten erhebliche Kältegrade zu verzeichnen gewesen. In Berlin stand nach der Messung des Berliner Wetterbüros die Temperatur auf 7 Grad Kälte, im Osten der Mark wurden sogar 13 Grad Kälte gemessen. Königsberg und Bromberg melden 11 Grad Kälte.

Der Berliner Zoo. Nachdem der Berliner Zoologische Garten bereits unter den Verhältnissen des Krieges schwer gelitten hat, steht er nunmehr infolge der Arbeiterforderungen, die einen jährlichen Mehraufwand von 200 000 Mark bedeuten, vor dem Zusammenbruch. Die Verwaltung hat sich bereits an die Stadt Berlin, den Zweckverband und den preussischen Staat gewandt mit der Anfrage, ob von der Gemeinde oder vom Staat für das Unternehmen etwas geschehen könne.

Grubenunglück. Aus Mülhausen wird berichtet: Im Schacht „Reichsland“ des Kalibergwerks bei Hiltenheim gerieten diese also Dynamit, die im Schacht gelagert waren, beim Öffnen einer Kiste in Brand und explodierten. Sofort alarmiert, konnte ein Teil der Arbeiter sich rechtzeitig retten, bevor das ganze Lager zur Explosion kam. Neun Bergleute waren sofort tot, zehn weitere werden vermisst.

Sperre der Einwanderung. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Einwanderung in den Vereinigten Staaten für vier bis sechs Monate gesperrt worden.

Vermischtes.

Eine humoristische Diebesgeschichte wird aus Langenwalbau berichtet: Dort wurde einem Besitzer eine Gans und eine Ente gestohlen. Dabei vergaß der Dieb, seine Handschuhe mit nach Hause zu nehmen. Der Sohn des Besohlenen benutzte die Handschuhe und kam damit in die Schule. Als der Sohn des Diebes die Handschuhe sah, sagte er, „Gib mir mal die Handschuhe her, die gehören meinem Vater!“ Die Antwort war: „Bring uns erst die Gans und die Ente wieder, dann kannst Du auch die Handschuhe wieder bekommen.“ Auf diese Weise bekam man von dem Ephybuben Kenntnis.

Gestörte Kaffeekonsumenten. In letzter Zeit konnte man in fast allen beliebten Kaffeehäusern und Restaurationen in Köln junge Mädchen beobachten, die mit Mannschaften der britischen Besatzung zechten und Zigaretten rauchten. Die Besatzungsbehörde, die damit nicht einverstanden ist, ließ Patrouillen durch die Lokale streifen und alle diese Mädchen mußten ihre Pässe abgeben. So hatte die Behörde Name, Wohnung und Bild der Weiber in Händen. Wer seinen Paß mit sich führte, wurde sofort mitgenommen. Das hat geholfen. An den letzten Abenden sah man keines der Mädchen mehr in Begleitung der Soldaten in den Lokalen. Sicher befanden sich auch anständige Mädchen bei den Besatzungsbildern, die sich verlocken ließen, ihre in der Schule gelernten englischen Vokabeln einmal an den Mann zu bringen oder in einem Konzerthaus ein Glas Wein zu trinken. Auch diese leichtsinnigen Mädchen, die weniger schlecht sind, werden sich einer peinlichen Untersuchung unterziehen müssen.

Westdeutsche Republik.

Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung in Weimar hat in seiner Sitzung am Donnerstag mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Stimme eines Demokraten und der Stimme eines Deutschen Nationalen Volksparteilers — Staatsminister a. D. Dr. Delbrück — folgendes beschlossen:

„Die Gliederung des Reichs in Länder soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung, unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung erfolgen. Die Neubildung von Ländern oder die Änderung ihres Gebiets durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch die Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen, die auf Antrag eines Viertels der Stimmberechtigten oder der politischen oder kommunalen Vertretung eines Viertels der beteiligten Bevölkerung durch die Reichsregierung anzuordnen ist. Entstehen bei der Vereinigung oder Abtrennung Streitigkeiten über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.“

Damit haben wir erreicht, daß unser Standpunkt in Weimar anerkannt worden ist! Die Volksabstimmung ist entscheidend! Das nassauische Volk weiß, wohin es gehört: an den Rhein! Ein Viertel der Wahlberechtigten bzw. ein Viertel der politischen Vertretung der Stimmberechtigten hat das Recht, die Volksabstimmung zu beantragen. Hinter der Bewegung zur Errichtung eines westdeutschen Freistaates, der untrennbar mit dem Deutschen Reich verbunden ist, stehen Millionen der Einwohner des Rheins! Auf diesen elementaren Willen des Volkes haben wir uns von Anfang an gestützt, diesem Willen haben wir Geltung verschafft!

Die überwiegende Mehrheit des Verfassungsausschusses und damit der Nationalversammlung hat die Schaffung der Westdeutschen Republik gutgeheißen!

Bewohner Nassaus! Ihr seid genug politisch erfahren, um Euch nicht durch hohle Phrasen über die Zertrümmerung Preußens irre führen zu lassen. Nicht Preußen, sondern das Reich muß über alles gehen! Das haben wir von Anfang an gewollt, darum forderten wir die Westdeutsche Republik im Verbands des Deutschen Reiches!

Nochmals: Nassau gehört an den Rhein! Das muß jetzt jeder offen bekennen!

Der Ausschuss für eine Volksabstimmung zur Errichtung der Westdeutschen Republik.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrück.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute Mutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante

Frau

Margaretha Schwarz,

geb. Günther,

heute morgen 4 Uhr, im 85. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Winkel, den 25. März 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag mittag 4 Uhr, das Seelenamt am Freitag morgens tatt.

Dankagung.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Verluste unserer lieben Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

Fräulein Agnes Hottenroth

sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Johannisberg, Winkel und Wiesbaden, den 24. März 1919.

Carl Hottenroth,
Mathilde Hottenroth.

Kriegsanleihe-Schulzeichnungen, Kriegsanleihe-Anteilsscheine der Rassanischen Sparkasse.

Wir haben uns entschlossen, um dem Wunsche vieler Besitzer von Kriegsanleihe-Schulzeichnungen und Kriegsanleihe-Anteilsscheinen entgegenzukommen, die Einlösung dieser Zeichnungen und Scheine schon jetzt vorzunehmen, falls seitens der Besitzer nur 3 1/2 % Zinsen bis Ende 1918 (derzeitiger Zinsfuß für Spareinlagen, vergl. § 2 der Beding. für Anteilsscheine) verlangt werden. Die Einlösung geschieht durch Vorlage der Schulzeichnungen und Anteilsscheine bei unseren Landesbankstellen oder der Landesbankhauptkassette in Wiesbaden.

Wiesbaden, den 17. März 1919.

Direktion der Nassanischen Landesbank.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung. Am Samstag, den 29. März,

nachmittags um 1 Uhr anfangend, werden in dem Mittelheimer Gemeindevwald, Distrikt „Frankensteinreth“

15 eichene Stämme mit zus. 10,45 Hfm.

9 Am. Buchen-Schichtknüppelholz

281 „ Buchen-Schichtholz

66 „ Buchen-Knüttelholz und

97 „ Buchen-Reisernäpkel

an Ort und Stelle öffentlich versteigert.

Mittelheim, den 20. März 1919.

Der Bürgermeister:
Hirschmann.

Wohnhaus-Versteigerung.

Freitag, den 28. März 1919,

vormittags um 11 Uhr,

lassen die Erben des Herrn Simon Ottes, ihr in der Hallgartenerstr. 11 gelegenes

Wohnhaus nebst Stallung, Ostgarten und Hofraum auf dem Rathause öffentlich freiwillig zum Verkaufe anbieten.

Deßlich, den 24. März 1919.

Der Bürgermeister:
Becker.

Grundstück-Verkauf.

Am Mittwoch, den 26. ds. Mts.,

vormittags 11 Uhr,

läßt der Turnverein Deßlich e. V. seinen an der Hattenheimer Landstr., Distrikt mittl. Wein, gelegenen Acker auf dem Rathause zu Deßlich unter günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkaufe anbieten.

Anschließend an diesen Verkauf läßt Herr Nik. Göttert sein Ackerland, gelegen in den Distrikten Teich und Säckergasse unter günstigen Bedingungen zum Verkaufe anbieten.

40 erstklassige junge



schwere und Mittelschlag, stehen von heute ab preiswerter zum Verkauf.

Karl Kahn, Schierstein a. Rh.

Telephon 235, Amt Diebrich am Rhein.



Dankssagung.

Für die liebevolle Teilnahme an der Beerdigung unseres lieben guten Töchterchens

Klarachen

sagen herzlichsten Dank

Johann Burkhardt u. Frau.

Winkel, den 25. März 1919.

Geschäfts-Verlegung

Mein Geschäft befindet sich jetzt

Kirchgasse 64

(Walhalla-Ecke)

Heinrich Wels

Wiesbaden.

Herren- und Knaben-Kleidung.

Eröffnung der Ausstellung
meiner neuen
Frühjahrs- und
Sommer-Hüte

G. Gompertz
Ludwigstr. 1 Mainz Telephon 1595

Umarbeitungen werden
preiswert ausgeführt.
Trauerhüte :: Schleier
Federboas

Dankssagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres lieben guten Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Anton Josef Salize

sagen wir allen unseren innigsten Dank. Besonders danken wir denen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere aber den Herren Chef, Beamten, Arbeitern und Handwerkern der hiesigen chem. Fabrik, dem „Männergesangsverein“, dem „Rath. Kirchenchor“, den vereinigten Sängern Deßlich für den erhebenden Grabgesang, sowie für alle Kranz- und Blumen Spenden.

Deßlich, den 23. März 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Achtung! Achtung! Die Schuhnot für Winkel und Umgebung

für längere Zeit beseitigt.

Eingetroffen sind:

Lederstiefel

für

Herren, Damen und Kinder

für Sonn- und Werktags.

Große Auswahl in

Holzschuhen und Holzlandalen,

zu weit zurückgesetzten Preisen.

Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

Kaufhaus Ph. Dorn,
Winkel a. Rh.,
Hauptstraße 30.

Von Freitag ab ein Transport



Ia. Oldenburger Ferkel

und Läufer Schweine.

Wilhelm Sudhoff, Schweinehandlg.,

Winkel, Johannisbergerstraße 49.

Guter
Kinder-Sitz- u. Liegewagen
zu verkaufen.

Eltsville, Ringstraße 2 I.

Ein neues oder gebrauchtes

Halbverdeck

zu kaufen gesucht.
Offerten unter D. 500 an
die Expedition d. Bzg.

Zur Beachtung!

Bahle bis auf Weiteres für
Lumpen per Rilo 30 Pfg.,
für gestrickte Wolle per
Rilo 4 Mk.

Konrad Krenemann,
Winkel a. Rh.

Bohnenstangen

zu verkaufen.
Näh. bei Franz S. Schick 1,
Erbsch. Rheingau.

Verloren.

Freitag, den 21. März, von
Wiesbaden nach Radesheim
— Landstraße — ein goldener
Ring in Schlangenform.

Abzugeben gegen gute Belohnung in der Geschäftsstelle d. Bzg.



Jeder Stiefelputzer
in der Stadt
Erdal-Schuhkrem
im Kasten hat

Erdal

schwarz — gelb — braun
Alleinhersteller:
Werner & Mertz, Mainz

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre
über die Ursache des Stotterns und
die Beseitigung desselben ohne Arzt
und ohne Berufshörung. (D. R. P.)
Die Zusendung erfolgt sofort
in Kuvert ohne Firma vollständig
kostenlos.

H. Zielmeier, Hagenburg.
(Schaumburg-Wepe.)

Künstliche Beine Arme

Orthopädische
Apparate
und
Korsetts
aller Systeme,
gegen Rückgrat-
verkrümmung.

Garantie für
guten Sitz.

Illustrierte
Preisliste auf
Wunsch.

Jac. Reining

Spezialist für künstliche Glieder.
Mainz, Brand 21.

Preislisten, Fakturen

Kurt Adam Etienne, Gostlich

Ein Bursche,

14—17 Jahre alt, für alle
Arbeiten zum 1. April oder
sofort gesucht.

Baumann's Hof
bei Schlangenbad,
Telephon 14.

Ein braver Junge
wünscht das
Schreinerhandwerk
ebenso ein Junge das
Wagner- oder Schuh-
macherhandwerk zu er-
lernen. Näh. im Verlag d. B.
Blattes.

Tätiges zuverlässiges Hausmädchen

für 15. April ds. J. bei
hohem Lohn gesucht.

Frau Carl Roll, Wiesbaden,
Webergasse 16.

Ein Mädchen u. Bursche

für Haus- und Feldarbeiten

sofort oder zum 1. April gesucht.

Zu erfragen bei Gschardt,
Station-Kaunthal,
Wirtshaus.

Ein braves Dienstmädchen

für Haus- und Gartenarbeit,
bei gutem Lohn, sofort oder
zum 1. April gesucht, bei

Frau Josef Werner,
N. Walluf,
Pfänger.

Ein braves fleißiges Mädchen,

das Öftern die Schule verläßt,
gesucht; kann den Haushalt
erlernen.

Frau Bitter, Eltsville,
Rheingaustr. 29.

Gebrauchte, gut erhaltene

Weinbergspfähle

abzugeben.

Jos. Pleines, Winkel.

Gute Weinbergspfähle

abzugeben.

Leonh. Efer in Deßlich.

2000 geschnittene tannene Weinbergspfähle

zu verkaufen bei

Andr. Semmler, Hallgarten.

Einen Posten neue eichene

Weinbergspfähle

zu verkaufen.

E. Fekner, Eltsville.

Mitteilungen

Kurt Adam Etienne, Gostlich

Ein trachtiges Rind

im Juni kalbend, steht zu

verkaufen bei

Hubert Jakobi,
Obergladbach.

Ein guter Langkarren

zu verkaufen. Näheres

Schierstein, Gartenstraße 11.

bei Schmidt.

Evangelische Kirchen-Gemeinde des oberen Rheingaues.

Mittwoch, den 26. März 1919,

8 Uhr abends: Passions-
dacht in der Christuskapelle
zu Eltsville, Beichte und hl.
Abendmahl.

Evangelische Kirchen-Gemeinde Deßlich.

Mittwoch, den 26. März,

8 Uhr nachm.: Passions-
gottesdienst in Deßlich.